



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 74.485/4
vom 6. November 2023

über

einen Dekretvorentwurf der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Zustimmung
zu folgenden internationalen Abkommen:

1. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018;
2. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021;
3. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022;
4. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova über Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022;
5. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022;
6. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 8. Dezember 2022‘

Am 15. September 2023 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden und Finanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Dekretvorentwurf ,zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen:

1. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018;

2. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021;

3. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022;

4. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova über Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022;

5. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022;

6. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 8. Dezember 2022‘

abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der vierten Kammer am 6. November 2023 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Bernard BLERO, Kammerpräsident, Luc CAMBIER und Géraldine ROSOUX, Staatsräte, Sébastien VAN DROOGHENBROECK, Beisitzer, und Charles-Henri VAN HOVE, Greffier.

Der Bericht wurde von Xavier MINY, beigeordneter Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 6. November 2023 abgegeben.

*

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze ‚über den Staatsrat‘ eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84 § 3 der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs [‡], die Befugnis des erlassenden Organs sowie die Einhaltung der vorangehenden Formvorschriften zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf folgende Bemerkungen zu formulieren.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Am 17. Juni 2015 hat die Arbeitsgruppe ‚Gemischte Verträge‘ den gemischten Charakter (zwischen der Föderalbehörde und den Regionen) des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova ‚über Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022‘ (nachstehend : „Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova“) festgestellt ¹. Am 3. Dezember 2015 hat die Arbeitsgruppe ‚Gemischte Verträge‘ auch den gemischten Charakter (zwischen der Föderalbehörde und den Regionen) des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien ‚über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018‘ (nachstehend: „Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien“) und des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik ‚über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022‘ (nachstehend: „Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik“) festgestellt ². Am 11. Februar 2016 hat die Arbeitsgruppe „Gemischte Verträge“ den gemischten Charakter dieser drei Abkommen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgedehnt ³.

[‡] Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

¹ Was von der Interministeriellen Konferenz der Außenpolitik (IKA) über ein schriftliches Verfahren bestätigt wurde, wie aus einem Schreiben vom 26. Oktober 2015 hervorgeht.

² Was von der Interministeriellen Konferenz der Außenpolitik (IKA) über ein schriftliches Verfahren bestätigt wurde, wie aus zwei Schreiben vom 2. Mai 2016 hervorgeht.

³ Was von der Interministeriellen Konferenz der Außenpolitik (IKA) über ein schriftliches Verfahren bestätigt wurde, wie aus einem Schreiben vom 14. Juni 2016 hervorgeht.

Am 1. Dezember 2016 hat die Arbeitsgruppe ‚Gemischte Verträge‘ den gemischten Charakter (zwischen der Föderalbehörde, den Regionen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft) des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 8. Dezember 2022 (nachstehend: „Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda“) festgestellt ⁴.

Am 1. Dezember 2016 hat die die Arbeitsgruppe ‚Gemischte Verträge‘ den gemischten Charakter (zwischen der Föderalbehörde, den Regionen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft) des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine ‚über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021‘ (nachstehend: „Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine“) festgestellt ⁵.

Am 21. Januar 2020 hat die die Arbeitsgruppe ‚Gemischte Verträge‘ den gemischten Charakter (zwischen der Föderalbehörde, den Regionen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft) des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau ‚über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022‘ (nachstehend: „Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau“) festgestellt ⁶.

Was die Zuständigkeit betrifft, hat die Gesetzgebungsabteilung zuvor in dem am 22. März 2022 abgegebenen Gutachten 70.894/1 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 2. Dezember 2022 ‚tot instemming met de overeenkomst tussen het Koninkrijk België en het Groothertogdom Luxemburg inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, ondertekend te Brussel op 17 november 2021‘ geworden ist, Folgendes bemerkt:

(freie Übersetzung) „3.2. Saisies d’une demande d’avis sur un avant-projet de décret ‘houdende instemming met de overeenkomst tussen het Koninkrijk België en Oekraïne inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het diplomatie en consulaire personeel, ondertekend te Brussel op 10 februari 2021’,

⁴ Was von der Interministeriellen Konferenz der Außenpolitik (IKA) über ein schriftliches Verfahren bestätigt wurde, wie aus einem Schreiben vom 4. April 2017 hervorgeht.

⁵ Was von der Interministeriellen Konferenz der Außenpolitik (IKA) über ein schriftliches Verfahren bestätigt wurde, wie aus einem Schreiben vom 4. April 2017 hervorgeht.

⁶ Was von der Interministeriellen Konferenz der Außenpolitik (IKA) über ein schriftliches Verfahren bestätigt wurde, wie aus einem Schreiben vom 22. Juni 2020 hervorgeht.

les chambres réunies de la section de législation ont déclaré, dans l'avis 69.102/VR du 10 mai 2021, ce qui suit au sujet de cette qualification sur le plan de la répartition des compétences :

‘3.2. L'exposé des motifs du décret d'assentiment apporte à cet égard les précisions suivantes :

'Le 1^{er} décembre 2016, le Groupe de travail Traités mixtes (GTTM), organe consultatif de la Conférence interministérielle de la Politique étrangère (CIPE), a établi le caractère mixte de cet accord. Tant l'autorité fédérale que les régions et la Communauté germanophone sont réputées compétentes. La CIPE a confirmé tacitement cette décision du GTTM le 4 avril 2017 dans le cadre d'une procédure écrite.

L'accord sera signé selon la formule 1, la cosignature, ou la formule 2 de la CIPE. C'est-à-dire une seule signature par un ministre fédéral, régional ou communautaire, ou une autre personne habilitée, disposant de procurations de toutes les autorités concernées et au nom de toutes les autorités concernées, avec mention des entités fédérées dans le texte du traité, dans le préambule et au-dessus de la signature.

Jusqu'à la sixième réforme de l'État, cette matière était une compétence exclusivement fédérale. Dans l'état actuel des choses également, les normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées (le 'permis de travail C' au sens de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers) restent une compétence fédérale d'un point de vue réglementaire (article 6, § 1^{er}, IX, 3^o, LSRI), étant entendu que les régions sont compétentes pour appliquer ces normes (article 6, § 1^{er}, IX, 4^o, LSRI).

Toutefois, les régions sont compétentes pour régler les cartes professionnelles, tandis que l'autorité fédérale est uniquement compétente pour les dispenses de cartes professionnelles liées à la situation particulière de séjour des personnes concernées (article 6, § 1^{er}, IX, 3^o, LSRI). La réglementation est actuellement inscrite dans l'A.R. du 2 août 1985 portant exécution de la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, tel qu'il a été modifié par l'A.R. du 22 août 2006. Toutefois, aucune dispense de carte professionnelle n'est accordée dans le cadre de l'Accord à l'examen, mais les personnes concernées qui optent pour une activité professionnelle indépendante doivent bel et bien demander une carte professionnelle (art. 1^{er}, § 1^{er}, a), alinéa 2, A.R. 2 août 1985).

Il va de soi que l'accord s'applique également aux représentants de l'autorité flamande dans les postes diplomatiques et consulaires (accord de coopération du 17 juin 1994 relatif aux attachés économiques et commerciaux régionaux et aux modalités de promotion des exportations et accord de coopération du 18 mai 1995 relatif au statut des représentants des Communautés et des Régions dans les postes diplomatiques et consulaires) qui sont ou seraient accrédités en Ukraine'.

3.3. On peut se rallier à cette analyse en ce qui concerne les compétences régionales, y compris les compétences régionales transférées à la Communauté germanophone, et les compétences de l'autorité fédérale.

3.4. On observera cependant que l'article 5 de l'Accord dispose que les bénéficiaires de l'autorisation, pour l'exercice d'une activité rémunérée, sont assujettis aux régimes fiscaux et de sécurité sociale de la Partie d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cette Partie, de sorte que le système de sécurité sociale belge, qui comprend le régime des prestations familiales, est dès lors rendu applicable aux membres de la famille des diplomates ukrainiens exerçant des activités rémunérées ici.

La compétence en matière de prestations familiales a été transférée dans son intégralité aux communautés ⁷ et, dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, à la Commission communautaire commune ⁸ par la loi spéciale du 6 janvier 2014 'relative à la Sixième Réforme de l'État'.

Selon les travaux préparatoires de cette loi spéciale, la compétence transférée couvre la compétence complète ⁹, tant pour les allocations familiales, les allocations de naissance et les primes d'adoption, que pour les allocations de même nature que les allocations familiales ¹⁰. Elle comprend l'ensemble du régime des prestations familiales pour les travailleurs salariés, les travailleurs indépendants et le personnel du secteur public (en ce compris le personnel dépendant de l'État fédéral et des services ou institutions qui en dépendent), ainsi que le régime des prestations familiales garanties. La compétence concerne tant les allocations familiales ordinaires que l'allocation de naissance et d'adoption ¹¹.

⁷ Fußnote 4 aus dem zitierten Gutachten: Note de bas de page n° 3 de l'avis cité : La Communauté flamande est donc compétente pour les prestations familiales dans la région de langue néerlandaise en vertu de l'article 128, § 2, de la Constitution et de l'article 5, § 1^{er}, IV, de la loi spéciale du 8 août 1980 'de réformes institutionnelles' (ci-après : « LSRI »). La Communauté germanophone est compétente pour les prestations familiales dans la région de langue allemande en vertu de l'article 130, § 2, de la Constitution et de l'article 4, § 2, de la loi du 31 décembre 1983 'de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone', combiné avec l'article 5, § 1^{er}, IV, LSRI.

Pour la région de langue française, l'exercice de cette compétence a été transféré par la Communauté française à la Région wallonne. Voir l'article 3, 8°, du décret spécial de la Communauté française du 3 avril 2014 'relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française' de même que l'article 3, 8°, du décret de la Région wallonne du 11 avril 2014 'relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française'.

⁸ Fußnote 5 aus dem zitierten Gutachten: Note de bas de page n° 4 de l'avis cité : Dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, la Commission communautaire commune est compétente pour les prestations familiales en vertu de l'article 5, § 1^{er}, IV, LSRI et de l'article 63, alinéa 2, de la loi spéciale du 12 janvier 1989 'relative aux Institutions bruxelloises'.

⁹ Fußnote 6 aus dem zitierten Gutachten: Note de bas de page n° 5 de l'avis cité : La compétence communautaire inclut la pleine compétence de législation, d'exécution et de contrôle, la gestion administrative et le paiement des allocations familiales.

¹⁰ Fußnote 7 aus dem zitierten Gutachten: Note de bas de page n° 6 de l'avis cité : Voir les commentaires relatifs à la proposition devenue la loi spéciale du 6 janvier 2014 'relative à la Sixième Réforme de l'État', *Doc. parl.*, Sénat, 2012-13, n° 5-2232/1, p. 67, et 2013-14, n° 5-2232/5, p. 29.

¹¹ Fußnote 8 aus dem zitierten Gutachten: Note de bas de page n° 7 de l'avis cité : Voir *Doc. parl.*, Sénat, 2012-13, n° 5-2232/1, pp. 10-11, pp. 67-68.

Compte tenu de ce qui précède, l'accord à l'examen est un traité mixte nécessitant l'assentiment non seulement de l'autorité fédérale et des autorités exerçant les compétences régionales, mais aussi des autorités compétentes en matière de prestations familiales¹².

Ces observations s'appliquent également à l'Accord actuellement à l'examen.

3.3. Le Groupe de travail traités mixtes n'a pas suivi le Conseil d'État sur ce point. À titre de justification, il est allégué que l'article 5 de l'Accord aurait un caractère purement déclaratoire, rendant inutile l'extension du caractère mixte de l'Accord à d'autres communautés que la Communauté germanophone. Sur ce point, l'exposé des motifs précise ce qui suit :

‘Aangezien [artikel 5] louter verwijst naar de gewoonterechtelijke regels en de bepalingen van beide Verdragen van Wenen werd dit niet voldoende geacht om ook tot een gemengd karakter ten aanzien van de Gemeenschappen en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie aanleiding te geven’.

3.4. Ce point de vue ne peut être partagé.

Même si l'on admettait que l'article 5 a un caractère purement déclaratoire, *quod non*¹³, force est de constater que le caractère déclaratoire ou non de l'article 5 n'est pas pertinent pour la qualification sur le plan de la répartition des compétences¹⁴. En tout état de cause, il s'agit en effet d'une nouvelle expression de volonté qui prévaut sur celle des traités antérieurs dans les relations entre les parties à l'accord¹⁵. Par conséquent, l'accord à l'examen est bien un traité mixte pour lequel le consentement est requis non seulement de la part de l'autorité fédérale et des autorités exerçant les compétences régionales, mais aussi de la part des autorités compétentes en matière de prestations familiales¹⁶.

Diese Bemerkungen gelten auch für alle untersuchten Abkommen.

¹² Fußnote 9 aus dem zitierten Gutachten: Avis C.E. 69.102/VR du 10 mai 2021 sur un avant-projet devenu le décret du 26 novembre 2021 ‘houdende instemming met de overeenkomst tussen het Koninkrijk België en Oekraïne inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het diplomatiek en consulaire personeel, ondertekend te Brussel op 10 februari 2021’, *Doc. parl.*, Parl. fl., 2021-2022, n° 970/1.

¹³ Fußnote 10 aus dem zitierten Gutachten: Ainsi, la participation au régime de sécurité sociale (y compris les allocations familiales) n'est plus optionnel[le], par dérogation à l'article 48 de la Convention de Vienne du 24 avril 1963 ‘sur les relations consulaires’.

¹⁴ Fußnote 11 aus dem zitierten Gutachten: Voir dans ce sens, entre autres, l'avis C.E. 49.642/1 du 24 mai 2005 sur un avant-projet devenu le décret du 4 mai 2012 ‘houdende instemming met het verdrag betreffende maritieme arbeid, 2006, aangenomen door de Internationale Arbeidsconferentie in haar vierennegentigste zitting in Genève op 23 februari 2006’, observation 2.

¹⁵ Fußnote 12 aus dem zitierten Gutachten: Article 30(4)(a) de la Convention de Vienne sur le droit des traités du 23 mai 1969.

¹⁶ *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2022-2023, Nr. 1423/1, S. 15 bis 21.

BESONDERE BEMERKUNGEN

Untersuchung des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien (Anlage 1)

1. Artikel 3 Absatz 3 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien (nachstehend: „das Abkommen“) bestimmt:

„[Keine Genehmigung] wird den Begünstigten, die eine Erwerbstätigkeit angenommen haben und nicht mehr in häuslicher Gemeinschaft mit dem Personal der diplomatischen Mission oder des konsularischen Postens leben [...] erteilt“.

Im Rahmen der Untersuchung des Dekretvorentwurfs, der Gegenstand des Gutachtens 72. 890/1 vom 29. März 2023 über einen Dekretvorentwurf „tot instemming met de overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Dominicaanse Republiek inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, ondertekend te Brussel op 17 juni 2022“¹⁷ war, wurde der Beauftragte des Ministers befragt, ob eine ähnliche Bestimmung einen Partner im Falle einer Scheidung nicht in eine schwache Position bringen könnte. Diesbezüglich hat der betroffene Beauftragte Folgendes geantwortet:

„Artikel 1, § 4 van de overeenkomst tussen België en de Dominicaanse Republiek inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten weerspiegelt de regels van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek en consulair verkeer. Zo voorziet het Verdrag van Wenen inzake diplomatiek verkeer in het bevoorrechte statuut van de gezinsleden van het personeel van een diplomatieke zending in artikel 37. In dit artikel wordt als voorwaarde gesteld dat het gezinslid inwonend moet zijn bij een personeelslid van de zending“.

Wie der Beauftragte kann man davon ausgehen, dass die im Abkommen vorgesehene Möglichkeit, Erwerbstätigkeiten auszuüben, eng mit dem Aufenthalt des Familienmitglieds auf dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats einerseits und mit dem besonderen Status, den es dort als Familienmitglied eines Beamten oder eines anderen Mitglieds des diplomatischen oder konsularischen Personals genießt, andererseits verbunden ist. Daher ist der durch das Abkommen verliehene Status immer bedingt und zeitlich begrenzt.

Dennoch muss Belgien als Empfangsstaat soweit wie möglich die schwierige persönliche Situation berücksichtigen, die sich aus dem Auseinanderbrechen der betroffenen Familie ergeben könnte, insbesondere wenn sich das ehemalige Familienmitglied in einer verletzbaren Lage befindet. Das Abkommen bietet in dieser Hinsicht einen ausreichenden Spielraum, indem es die Möglichkeit vorsieht, dass der Empfangsstaat in Sonderfällen dem

¹⁷ *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2023-2024, Nr. 1856/1, S. 15 bis 23.

ehemaligen Familienmitglied trotzdem einen besonderen Status einräumt¹⁸⁻¹⁹. Es wird jedoch empfohlen, in der Begründung des Dekretvorentwurfs zu präzisieren, dass die zuständige Behörde soweit wie möglich und auf der Grundlage der o.a. Bestimmungen die besondere persönliche Situation der ehemaligen Familienmitglieder berücksichtigen können wird.

Dieselbe Bemerkung gilt *mutatis mutandis* für Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine, Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik, Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova, Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau und Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda.

2. In dem Gutachten 65.184/VR vom 21. Februar 2019 über einen Dekretvorentwurf, der zum flämischen Dekret vom 3. Mai 2019 ‚houdende instemming met de overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Armenië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door gezinsleden van het diplomatiek en consulaire personeel, ondertekend te Brussel op 4 december 2018‘ geworden ist, hat die Gesetzgebungsabteilung bezüglich Artikel 8 des Abkommens Folgendes bemerkt:

(freie Übersetzung) „L'article 8 de l'Accord s'énonce comme suit :

‘Le présent Accord peut être modifié et complété à tout moment par un accord écrit entre les Parties. Tout accord de ce type entrera en vigueur selon les modalités prévues à l'article 11’.

Le délégué a été invité à commenter la portée de cette disposition. À cet égard, il a déclaré ce qui suit :

‘L'accord peut être modifié par un accord écrit. Cela signifie que l'accord peut être modifié ou élargi au moyen d'un protocole modificatif ou d'un accord. Il est donc exact que des modifications substantielles peuvent être apportées à l'accord (voire éventuellement à son champ d'application). Cet accord écrit doit dès lors être approuvé et ratifié selon la procédure d'assentiment habituelle.

Les parties sont le Royaume de Belgique, représenté par l'autorité fédérale, les régions ainsi que la Communauté germanophone, et l'Arménie. Si l'intention est d'apporter des amendements ou des ajouts, ceux-ci seront toujours inscrits à l'ordre du jour et discutés au sein du groupe de travail traités mixtes.

¹⁸ Siehe die Wörter „[s]ofern der Empfangsstaat nichts Gegenteiliges beschließt,“ in Artikel 3 Absatz 3 des Abkommens.

¹⁹ Laut Kassationshof kann der Ausdruck „[d]ie zum Haushalt eines Diplomaten gehörenden Familienmitglieder“ in Artikel 37 Absatz 1 des am 18. April 1961 in Wien geschlossenen Übereinkommens ‚über diplomatische Beziehungen‘ nicht dahingehend ausgelegt werden, dass er nur auf das „Zusammenleben“ abzielt, sondern impliziert er tatsächlich das Bestehen einer häuslichen Gemeinschaft zwischen den betreffenden Personen. So können die persönlichen schwierigen Situationen auch berücksichtigt werden (Kass., 28. März 1990, ECLI:BE:CASS:1990:ARR.19900328.11). Siehe auch: B. Theeuwes, F. Dopagne und F. Pons, *Le droit diplomatique appliqué en Belgique*, Anvers, Maklu, 2013, S. 100 et 102, Nrn.101 und 103.

L'article 8 a été inséré à la demande de l'Arménie. En ce qui concerne la Belgique, il a été observé qu'un amendement à l'accord doit toujours être adopté selon la procédure d'assentiment interne par tous les parlements compétents. L'Arménie a donc été informée de la procédure d'assentiment belge (ratification par toutes les entités compétentes). L'article 8 n'est pas entièrement superflu. Il apporte davantage de clarté. En effet, il détermine concrètement que l'accord peut être modifié ou complété par un accord écrit. Si l'on souhaite élargir le champ d'application, il n'est donc pas nécessaire de négocier un accord entièrement nouveau'.

Il se déduit de ce commentaire que l'article 8 de l'accord ne porte nullement atteinte aux règles et obligations de droit interne, telles que par exemple la répartition des compétences entre l'autorité fédérale et les différentes entités fédérées, le principe d'assentiment parlementaire consacré par l'article 167, § 2 et 3, de la Constitution et l'obligation de publication prévue à l'article 190 de la Constitution. Telle que la portée de l'article 8 a été décrite par le délégué, celle-ci n'appelle donc aucune observation. Toutefois, il est indiqué de préciser la portée de cette disposition dans l'exposé des motifs de l'avant-projet de décret d'assentiment soumis pour avis"²⁰.

Dieselbe Bemerkung kann im vorliegenden Fall wiederholt werden und gilt *mutatis mutandis* für Artikel 7 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine, Artikel 7 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau und Artikel 8 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda.

Untersuchung des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine

1. Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine (nachstehend: „das Abkommen“) bestimmt, dass die Genehmigung, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, „spätestens bei der Beendigung der Tätigkeit ab[läuft] (beziehungsweise innerhalb eines angemessenen Zeitraums danach)“.

Im Rahmen der Untersuchung des Dekretvorentwurfs, der Gegenstand des Gutachtens 72.890/1 war, wurde der Beauftragte bezüglich einer ähnlichen Bestimmung gefragt, wer bestimmen wird, welche der beiden o.a. Hypothesen gelten wird. Dieser antwortete auf diese Frage wie folgt:

„Artikel 1, § 5 van de overeenkomst tussen België en de Dominicaanse Republiek inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten herneemt de regels van artikel 39, § 2, van het Verdrag van Wenen inzake diplomatiek verkeer en van artikel 53, § 3, van het Verdrag van Wenen inzake consulaire verkeer die het einde van voorrechten en immuniteiten bepalen. De betreffende redelijke termijn wordt door de ontvangststaat bepaald al dan niet in overleg met de zendstaat rekening houdend met de omstandigheden van een specifiek dossier“.

²⁰ Parl. Dok., Fl. Parl.. 2018-2019, Nr. 1947/1, S. 18.

Neben der unter Punkt 1 der Bemerkungen über die Untersuchung des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien vorgeschlagenen Präzisierung was die besondere persönliche Situation ehemaliger Familienmitglieder betrifft, die auch für Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens gelten kann, wird empfohlen, auch die Antwort des Beauftragten des Ministers zur Tragweite der zuletzt zitierten Bestimmung des Abkommens in die Begründung des Dekretvorentwurfs aufzunehmen.

Diese Bemerkung gilt auch für Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik und *mutatis mutandis* für Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova, Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau und Artikel 3 Absatz 3 des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda.

2. Unter der Unterschrift der Person, die einen Vertrag im Namen der von ihr vertretenen Vertragsparteien unterzeichnet, müssen ihr Name und ihre Eigenschaft angegeben werden, damit sie deutlich identifiziert werden kann ²¹.

Diese Bemerkung gilt auch für das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik, das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova und das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau.

UNTERSUCHUNG DES DEKRETVORENTWURFS

1. In Artikel 6 des Vorentwurfs und in der Überschrift von Anlage 6 des Vorentwurfs muss das Datum des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda korrigiert werden, um das Datum von 8. Dezember 2022 anzugeben.

2. Laut der Schlussformel der Abkommen ist bei Abweichungen zwischen der verschiedenen sprachlichen Fassungen der Wortlaut in englischer Sprache maßgebend, mit Ausnahme des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik, in dem vorgesehen wird, dass bei einer unterschiedlichen Auslegung der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend ist.

²¹ Siehe *Principes de technique législative – Guide de rédaction des textes législatifs et réglementaires*, www.staatsrat.be, unter „Technique législative“, Empfehlung Nr. 200.

Die französische Fassung des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik und die englische Fassung der anderen Abkommen werden also dem im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzubringenden Dekretvorentwurf beigelegt.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Charles-Henri VAN HOVE

Bernard BLERO

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY